

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.50 Uhr
Ende: 13.45 Uhr

1) Unbehinderte Teilnahme an Veranstaltungen des Sozialamtes für behinderte Menschen

GRin. **Gesek** stellt an StRin. **Edlinger** folgende Frage:

GRin. **Gesek**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Im Rahmen des Programms „Sommer Graz 55plus“ wird auch behinderten Menschen, die das Alter 55plus vorweisen können, die Möglichkeit der Teilnahme geboten. Die Teilnahme ist jedoch nur mit einer Begleitperson möglich, die auch einen Kostenbeitrag zu leisten hat.

Von der Magistratsabteilung 5 – Sozialamt wird jedoch keine Gewähr für eine behindertengerechte Ausstattung in Ausstellungs- und Gasträumlichkeiten übernommen.

De facto heißt dies, ich lade sie zwar mit Betreuung ein, aber es ist völlig ungewiss, ob eine behinderte Person die Angebote der Veranstaltungen auch sinnvoll nutzen kann.

Sehr geehrte Frau Sozialstadträtin Edlinger, ich frage Sie daher, ob Sie bereit sind, diesen Zynismus gegenüber behinderten Personen dringend abzustellen und vor allem die Veranstaltungen im Rahmen des Programms „Sommer Graz 55plus“ so zu organisieren, dass die Betroffenen an diesen unbehindert und uneingeschränkt teilnehmen können.

StRin. **Edlinger**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Danke für diese Frage, es spricht das wichtige Thema Barrierefreiheit, das uns ja eigentlich fast so die ganze Stadtregierung, wie wir hier sitzen, in allen Ressorts beschäftigt und beschäftigen soll

und muss. Ich möchte nur vorweg eines nicht gelten lassen beziehungsweise zurückweisen, Sie sprechen von Zynismus, mit dem hier gegenüber Menschen mit besonderen Bedürfnissen vorgegangen wird und ich kenne die Arbeit der betreffenden MitarbeiterInnen im Referat, aber auch viele ehrenamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen begleiten ja unsere Veranstaltungen, machen Reisebegleitungen, die setzen sich mit sehr großem Herzblut und mit großem Engagement dafür ein, dass alle bestmöglich betreut sind und vor allem Menschen, die halt über keine so große und dicke Brieftasche verfügen, im Sommer an tollen Veranstaltungen teilnehmen können. Im heurigen Sommerprogramm hatten wir 2200 Teilnehmer/Teilnehmerinnen in über 61 Veranstaltungen, und dass wir mit der grundsätzlichen Herausforderung konfrontiert sind der Senioren/SeniorInnen, die keine homogene Gruppe sind, sondern sehr unterschiedliche Interessen und auch Bedürfnisse haben, die hohe Ansprüche an die Programmkonzeption mit sich bringen, um diesen verschiedenen Interessen und Bedürfnissen einfach gerecht werden zu können ist, glaube ich, für alle verständlich, gerade auch für Sie, Sie sind ja auch Vorsitzende im Rahmen der verbandlichen Pensionistenarbeit und ich kenne es auch von allen anderen Seniorenverbänden, die ja auch Veranstaltungen und Reisen und Tagesfahrten organisieren. Die Frage, wie wir Barrierefreiheit bestmöglich gewährleisten können, ist einfach eine ganz, ganz große Herausforderung und gleichzeitig auch jenen älteren oder sagen wir so, Junggebliebenen, die zum Beispiel auch durchaus sportlich ambitioniertere Wanderungen etc. geboten bekommen wollen, zufriedenstellen können. Also das ist ein bisschen ein Spagat, den wir hier schaffen müssen und nicht immer so einfach. Ich darf Sie aber drüber informieren, dass im Rahmen der Senioren-/Seniorinnenprogramme immer wieder Menschen mit besonderen Bedürfnissen teilnehmen und die voll integriert wurden bei diesen Veranstaltungen und die ReisebegleiterInnen, also haupt- und ehrenamtlich, des Sozialamtes sich stets drum bemüht haben, speziell diesen Personen sehr hilfreich zur Seite auch zu stehen. Weil Sie angesprochen haben, dass nicht garantiert werden kann die völlige barrierefreie Ausgestaltung zum Beispiel von Gaststätten oder dergleichen, die im Rahmen einer Veranstaltung einer Tagesfahrt besucht werden, darf ich Sie vielleicht über den folgenden Hintergrund informieren, ich kenne das auch aus meinen Gesprächen mit den diesbezüglichen Profis und Experten im Bereich von barrierefreien Freizeitausflügen, nämlich den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen der Brücke, dass sie

sagen, es ist gar nicht so einfach, wenn man was organisiert und wo anruft und sagt, seid ihr barrierefrei, dass man dann von vielen Gasthäusern die Auskunft kriegt, ja, weil wir haben keine Stufe, aber dann kommt man hin und steht vor der Tatsache, dass die Toilette, wenn nicht sogar im Keller, aber zum Beispiel nicht groß genug ist, um einen dementsprechenden Radius zu bieten, dass man dort wenden kann etc. Das heißt, die völlige umfassende Barrierefreiheit ließe sich nicht gewährleisten, wenn sämtliche Detailbereiche von explizit ausgebildeten Checker und Checkerinnen im Vorfeld geprüft wird, da braucht es auch spezielle Ausbildungen dafür, ist ja auf Landesebene auch finanziert worden so ein Ausbildungslehrgang, das wäre, denke ich mir, so ein mittelfristiges Ziel für alle Programme, die wir im Rahmen der Stadt bieten, egal ob das jetzt Sportprogramme oder Jugendsommerprogramme oder Seniorenprogramme sind, dass wir uns hier in diese Richtung bewegen. Ich darf Ihnen aber mitteilen, dass, weil uns eben Barrierefreiheit so ein großes Anliegen ist, gerade bei diesem Sommerprogramm 2008 es auch eine Kooperation mit dem Verein Brücke gegeben hat, wo man sich angeschaut hat, bei welchen Veranstaltungen kann man gewährleisten, dass sie barrierefrei sind, was kann man da noch zusätzlich tun und wir haben dann auch zusätzliche spezielle Zuckerl, sage ich einmal, geschaffen, zum Beispiel eine Tagesfahrt nach Bad Ischl, wo ein zusätzlicher Kleinbus angemietet wurde, der rolligerecht ist, wo wir auch im Vorfeld dafür gesorgt haben, dass speziell geschultes Fachpersonal zur Verfügung stehen würde, wir haben das auch extra beworben, auch über die Zeitung Brücke und über spezielle Folder. Bei der konkreten Fahrt zum Beispiel, die hat nicht stattfinden können, weil wir keine Anmeldung gehabt haben. Sie sehen, es gibt große Bemühungen, und vor allem ist da großer Dank auch den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen des Referates und auch unseren Ehrenamtlichen auszusprechen. Es nehmen immer wieder Menschen mit Behinderung und besonderen Bedürfnissen teil, auch nicht alle mit einer Begleitperson, sofern es irgendwie möglich ist, versuchen das die ReisebegleiterInnen zu bewerkstelligen, aber Barrierefreiheit wird weiterhin für uns alle in allen Bereichen der Stadt immer ein großes Ziel sein und sein müssen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Gesek**: Ich danke vielmals, Frau Stadträtin, aber ich höre immer wieder, dass gerade Rollstuhlfahrer von den Fahrten der Stadt Graz, des Sozialamtes, ausgenommen sind. Ich frage Sie, ob Sie bereit sind, eigens für Rollstuhlfahrer auch Fahrten zu organisieren und nicht nur über den Verein Brücke, denn wir haben tagtäglich sehr viele Rollstuhlfahrer, die nicht zum Verein Brücke kommen.

StRin. **Edlinger**: Ich bilde mir ein, ich hätte es gerade erzählt und berichtet, dass wir speziell uns zum Beispiel die Fahrt Bad Ischl, aber andere Tagesordnungspunkte herausgenommen haben aus dem Programm und geschaut haben, was müssen wir tun, um sie rolligerecht abwickeln zu können und wir haben es nicht über die Brücke abgewickelt, sondern wir haben uns einfach, weil die Brücke da großes Erfahrungswissen und einen großen Erfahrungsschatz hat, hier eine Kooperation gesucht, die Organisation und Abwicklung ist über das Seniorenveranstaltungsreferat erfolgt. Es war nur in dem konkreten Fall so, dass mangels der Anmeldungen, es hat sich niemand dafür angemeldet, obwohl wir es speziell beworben haben, dann nicht stattgefunden. Deswegen heißt es für mich nicht zu sagen, es war einmal keine Anmeldung, deswegen probieren wir es nicht weiterhin, sondern ich habe ja darauf hingewiesen, Barrierefreiheit ist mir ein großes Anliegen, ich bin ja auch über das Sozialreferat für Menschen mit Behinderung, nicht nur für Senioren/Seniorinnen, die möglicherweise eine Behinderung haben, zuständig und deswegen werden wir da natürlich auch weiter arbeiten dran, aber das tun wir schon (Applaus SPÖ).

2) Weixelbaumstraße

GRin. Mag.^a **Bauer** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

Mag.^a **Bauer**: Es geht mir heute wieder um die Weixelbaumstraße, ein altbekanntes Thema, wir hatten ja schon einige Debatten hier dazu im Gemeinderat. Dass es benachteiligend wirkt, ist nach wie vor Faktum, der Bahnübergang ist geschlossen. Nunmehr kursieren verschiedene Gerüchte, inwieweit es sein sollte, inwieweit die

Planung vorangeschritten ist, aber die alles entscheidende Frage möchte ich hier an die Frau Bürgermeisterstellvertreterin stellen:

Wann ist die Bahnunterführung Weixelbaumstraße fertig gestellt und wird der Bevölkerung zur Benutzung übergeben (*Applaus SPÖ*)?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Danke, Frau Gemeinderätin, für die Anfrage. Ich bin froh, dass ich die Möglichkeit habe, den aktuellen Stand zu berichten. Die Weixelbaumunterführungsfrage ist eine, die mir inzwischen, glaube ich, einige graue Haare verschafft hat. Es ist so, dass, so wie ausgemacht und auch kommuniziert, die Planungsarbeiten abgeschlossen sind schon seit dem Herbst, das habe ich auch hier herinnen schon berichtet. In der Form, wie eben dann auch die Vorschläge von den Leuten vor Ort aufgegriffen wurden und damit eine Planung erstellt werden konnte, die besser den Voraussetzungen entspricht als ursprünglich, dass nämlich diese Unterführung sehr lange, sehr uneinsichtig, also von der Form der Führung verbessert werden konnte. Die Planungen, wie gesagt, sind fertig. In meiner AOG-Liste ist auch die Finanzierung vorgesehen, weiterhin ist auch die Finanzierungszusage der ÖBB aufrecht, nur, und ich denke, das ist auch teilweise schon herangetragen worden, das eine ist, dass beide Grundstückseigner auf beiden Seiten, die wir in jedem Fall brauchen, egal ob Unterführung oder Überführung, nicht kooperativ sind, es ist so, dass uns die Firma Hechenblaikner im Dezember abgesagt hat und gesagt hat, sie stellt das Grundstück nicht zur Verfügung, ich seit Anfang November mit der Firma Andritz AG, die das gegenüberliegende Grundstück besitzt, nämlich es geht um gerade 350 m², das wir da drüber begonnen haben zu verhandeln, ich ja gerade erst am Montag wieder ein Gespräch hatte mit dem Vorstandsdirektor der Graz Andritz AG und von ihm kein Interesse signalisiert wird, über diese 350 m² auch nur weiter zu verhandeln. Es ist so, dass wir momentan prüfen, inwieweit, sage ich auch ganz klar, auch eine Enteignung ein Thema wäre, aber es ist, wie gesagt, also politisch ist alles vorgesehen, planerisch ist alles vorgesehen, die Grundstücksverhandlungen sind etwas, was wir nicht vom Zaun brechen können, weil es da Gegenüber gibt, wo wir weiterhin in Verhandlungen bleiben, aber die sich sehr schwierig gestalten, weil es einerseits eine klare Absage

gibt und die Graz Andritz AG sagt, sie verhandelt, wenn überhaupt nur um 11.500 m² nicht um 350 m², was aber vom Grundstückspreis her heißen würde, dass wir in eine enorme Höhe kommen, ich habe mir das ausgerechnet zirka zwei Millionen Euro zusätzlich und das ist natürlich keine Grundlage, deswegen müssen wir weiter dranbleiben und diese 350 m² verhandeln, aber wie gesagt, mit sehr wenig Gegenliebe auf Seiten der Graz Andritz AG. Und die zweite Sache, die ich eben prüfen lasse, ist die Frage, inwieweit eine Enteignung in diesem Fall auch Erfolg bringend wäre. So ist der aktuelle Stand, leider, ich bin auch nicht glücklich darüber, aber wie gesagt, da gibt es eben eine eigentumsrechtliche Grundlage, die ich berücksichtigen muss (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Gibt es eine Zusatzfrage?

Mag.^a **Bauer**: Natürlich, weil ich die Frage auch gestellt habe nach dem Zeitpunkt. Auch wenn es viele Schwierigkeiten gibt, mir ist es auch zu Ohren gekommen, dass die Anteilseigner nicht begeistert sind. Ich glaube hier aber auch, dass es notwendig ist, weiter Gespräche zu führen, die Kostenschätzung ist mir zu Ohren gekommen, liegt bei 2,2 Millionen Euro und es geht natürlich um den Zeitpunkt. Wenn du jetzt das eisenbahnrechtliche Verfahren als worst Case heranziehst, wann wird dann ein Zeitpunkt sein, ich würde hier einmal schätzen, wenn selbst bei gutem Rückenwind doch frühestens mit einem Baubeginn, um eine Zahl einmal zu hören, 2010 begonnen werden könnte, ist das richtig? Meine Frage lautete nach dem Zeitpunkt, ich möchte hier eine Abschätzung für die Bevölkerung als Antwort auch haben.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Zu den Grundstücksverhandlungen oder das, was wir dort an weiteren Schritten auch möglich und umsetzbar haben und ob da daraus Rechtsverfahren entstehen, kann ich dir sicherlich keinen Zeitpunkt nennen. Unabhängig davon hätten wir die Grundstücke, dann wäre das eisenbahnrechtliche

Verfahren vorbereitet, das wäre einzubringen, dann hätten wir womöglich schon in diesem Jahr begonnen. Aber es ist so, dass ich bei der Grundstücksfrage eben nur weiterverhandeln und weiter Druck machen kann und jetzt einfach prüfen, wie weit die rechtliche Situation dann auch Aussicht bringt, dass man da überhaupt zu einem Ergebnis kommt und wir wissen, dass Grundstücksenteignungsverfahren aus vielen Beispielen in dieser Stadt viele Monate bis Jahre dauern können, das ist eine Realität, da sind wir rechtsstaatlich gebunden.

Bürgermeisterstellvertreter Rücker übernimmt um 13.05 Uhr den Vorsitz.

3) Mangelhafte Umsetzung des Gemeinderatsbeschlusses zur Gründung der Freiwilligen Feuerwehr

GR. **Schneider** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Schneider**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Stadtratsmitglieder, hoher Gemeinderat, liebe MitarbeiterInnen des Magistrates und ZuhörerInnen! Wir haben letztes Jahr die Freiwillige Feuerwehr Graz gründen können, nächste Woche findet die sogenannte Wehrversammlung statt. Das soll einige Verbesserungen bringen, besonders die Stadt sicherer machen. In diesem Zusammenhang war uns Grünen natürlich ein besonderes Anspruchs (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), und ich glaube nicht nur von uns Grünen, dass das unseren modernen Zeiten angepasste Einrichtung wird, wo weder jetzt eine einzelne Partei sich draufsetzt und das zu ihrem Verein macht, noch das Ganze eine reine Männerbande wird, da ja auch Frauen absolut in der Lage sind, da mitzuwirken, so wie in allen anderen Bereichen der Gesellschaft auch. Entsprechend haben wir agiert im Vorfeld des entsprechenden Gemeinderatsbeschlusses und haben eine einschlägige Änderung auch des entsprechenden Stückes gemeinsam durchgebracht, leider hat das keinen Niederschlag dann im offiziellen Aufruf gefunden, deswegen darf ich folgende

F r a g e

stellen: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Warum wurde in der Kundmachung der Gründung der Freiwilligen Feuerwehr im Amtsblatt Nr. 11 vom 29.10.2008 der in Gemeinderatssitzung vom 18.9.2008 beschlossene Passus „Die Mitwirkung von Frauen bei der Freiwilligen Feuerwehr ist besonders erwünscht und Frauen werden daher ersucht, der freiwilligen Feuerwehr beizutreten“, nicht eingefügt und der entsprechende Gemeinderatsbeschluss dadurch missachtet?

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, Sie haben in einem Punkt Recht, beim öffentlichen Aufruf an die Bevölkerung im Amtsblatt der Stadt Graz, der Freiwilligen Feuerwehr beizutreten in der Kundmachung im Amtsblatt vom 27. 10. wurde dem Gemeinderatsbeschluss vom 18.9.2008, Punkt 4, nicht Folge geleistet, sie haben es schlichtweg vergessen, aber bei der begleitenden Online- und Printbewerbung, und die ist in dem Fall, glaube ich, fast wichtiger als das Amtsblatt gewesen, sowie bei den zahlreichen Info-Veranstaltungen wurde hingegen der Gemeinderatsbeschluss vom 18. 9. 2008 ordnungsgemäß erfüllt. Wir können uns auch darüber freuen, dass wir es geschafft haben, seit der Kundmachung im Oktober bereits mit heutigem Tag 73 Erwachsene und 13 Jugendliche für ein ehrenamtliches Engagement bei der Freiwilligen Feuerwehr zu begeistern. In der Steiermark schon eine schöne Zahl (*Applaus ÖVP*), in der Steiermark engagieren sich derzeit bei den 777 Feuerwehren im Durchschnitt 4,7 % Frauen, bei der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Graz sind jetzt bereit 15 Frauen, aktive Feuerwehrfrauen, das sind 20 % der Gesamtmitglieder, und mit diesem Engagement unserer weiblichen Florianis sind wir steiermarkweit dann fast mit der vierfachen Prozentzahl im Spitzenfeld dann vertreten (*Applaus ÖVP*). Das derzeitige Landesfeuerwehrgesetz, das wir haben, stammt im Übrigen, das ist vor 30 Jahren, das stammt aus dem Jahre 1979. Eine Gesetzesnovelle ist derzeit gerade in Ausarbeitung. Auf Initiative von mir wird der Herr Bezirksfeuerwehrkommandant Branddirektor Dr. Otto Meisenberger einen Antrag zur geschlechterspezifischen Bezeichnung beim Landesfeuerwehrverband Steiermark einbringen, damit ganz in Ihrem Sinne die Gleichberechtigung und der

Gendergedanke Einzug findet bei den Feuerwehren in der Steiermark (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schneider**: Zunächst vielen Dank, das sind sehr schöne Nachrichten aus der Richtung der Freiwilligen Feuerwehr Graz. Eine Zusatzfrage hätte ich doch noch. Herr Bürgermeister, welche Maßnahmen in der Öffentlichkeit können Sie sich in den nächsten Monaten noch vorstellen, um eben dieses sehr starke und überdurchschnittliche Engagement von Frauen in der freiwilligen Feuerwehr noch auszubauen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir werden jetzt natürlich einmal mit der Einschulung dieser Personen beginnen. Wir müssen ja auch die Kapazitäten uns ganz genau anschauen, wir haben ja klar gesagt, es können also zu Beginn jetzt nicht gleich hunderte Kinder und Jugendliche daran teilnehmen. Bei der Freiwilligen Feuerwehr wird es nächste Woche dann zum ersten Zusammentreten und zur Wahl aller Funktionäre bei unserer Freiwilligen Feuerwehr kommen und darüber hinaus wird es natürlich bei allen Veranstaltungen weiterhin Werbung geben, damit wir möglichst viele ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen können und die werden dann auch in der von Ihnen gewünschten Form jeweils dann auch passieren, also das ist keine Eintagsfliege und das soll das Bandenwesen, wie Sie das jetzt beschrieben haben, ich glaube nicht, dass es das ist, aber es sollte das verhindert werden und ich glaube, es wird so wie bei vielen anderen Blaulichtorganisationen zum normalen Alltag gehören. Ich sage noch einmal dazu, wir haben ja auch bei der letzten Ausschreibung unserer Berufsfeuerwehr schon darauf geachtet. Soweit mir bekannt ist, hat sich allerdings dort, auch wahrscheinlich auf Grund der Schwere des Dienstes, noch keine Frau beworben. Der Anteil bei Berufsfeuerwehren ist besonders gering in Österreich, auch in Wien etc sind es ganz, ganz wenige Frauen, weil dieser Beruf natürlich auch vom körperlichen Einsatz her schon mit enormen Strapazen verbunden ist, das dürfte wahrscheinlich auch einer der Gründe sein, aber wie gesagt, wir werden nicht darauf vergessen und bei allen Veranstaltungen auf

Messen, wo immer wir auftreten, werden wir weiterhin die Werbetrommel fürs Ehrenamt rühren (*Applaus ÖVP*).

4) Evaluierung der Subventionen der Stadt Graz an stadteigene beziehungsweise externe Einrichtungen, Vereine und Organisationen in Ihrem Wirkungsbereich

GR. **Sippel** stellt an Bgm. Mag. Nagl folgende Frage:

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In der Vergangenheit hat Herr Stadtrat Dr. Wolfgang Riedler innerhalb seiner Zuständigkeit eine Evaluierung von insgesamt 61 Kultureinrichtungen mit mehrjährigen Förderverträgen durchführen lassen. Es ist dann ein externes Beratungsunternehmen, namentlich die Consultingfirma Dr. Wischenbart und Dr. Manuela Kohl, damit beauftragt worden, diese Evaluierung vorzunehmen und auch auszuwerten, um eben die Vergabe von Fördermitteln auf eine objektiv bewertbare Basis zu stellen.

Das Ergebnis förderte dann doch durchaus ein Einsparungspotential bei verschiedenen Einrichtungen zu Tage, wenngleich auch auf Grund dieser Evaluierung einigen Einrichtungen höhere Subventionen zugesprochen werden konnten. Insgesamt gab es eine Ersparnis von 160.000 Euro, bei einer gleichzeitigen durchschnittlichen Erhöhung der Förderbeiträge von rund 2.000 Euro.

Nun erscheint es mir angesichts der angespannten Budgetsituation als durchaus vernünftig, ähnliche Maßnahmen auch in anderen Zuständigkeitsbereichen zu setzen. Die Vergabe von Subventionen und deren Höhe sollte sich nach der tatsächlichen Notwendigkeit einerseits, aber auch nach den Möglichkeiten des Subventionsgebers, also der Stadt Graz andererseits, richten. Eine Verobjektivierung durch die Konsultation unabhängiger, externer Unternehmen ist daher durchaus zielführend, um in der momentanen Situation einen Mittelweg zwischen panikartigen Einsparungen und unnötiger Großzügigkeit zu beschreiten.

Gerade in Zeiten von Budgetknappheit und der damit verbundenen Einsparungen erscheint ein objektives, externes Evaluierungsverfahren als durchaus hilfreich. Ich

glaube, ich brauche hier an dieser Stelle nicht aufzählen, welche Vereine in Ihren Zuständigkeitsbereich fallen, ich glaube, das würde sehr lange dauern, aber ich denke, da sind doch einige dabei, wo man sich das objektiv auch anschauen könnte. Ich möchte aber auch dazusagen, ich hätte diese Frage gerne auch an alle anderen Stadträte gestellt, die hier in ihrem Wirkungsbereich Förderungen vergeben, da ist mir gesagt worden, dass es in einer Fragestunde nicht möglich ist. Ich habe mir dann das Statut der Stadt Graz angeschaut und da geht es nicht eindeutig hervor, da heißt es im § 16 Abs. a, den Mitgliedern des Gemeinderates steht das Recht zu, in allen Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Stadt je Fragestunde eine mündliche Anfrage an ein Stadtsenatsmitglied zu stellen, das ist eine reine Interpretationssache. Es hätte natürlich nur in schriftlicher Form dann stattgefunden, ich hätte mich nicht wiederholt, aber so werde ich dann die nächsten Fragestunden dazu benutzen, auch, vor allem Sozialbereich, aber auch Sportbereich, da werden sehr viele Vereine gefördert, dass man hier auch ähnliche Maßnahmen in diese Richtung vornimmt.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, alle innerhalb Ihres Zuständigkeitsbereiches vergebenen Subventionen an stadteigene beziehungsweise externe Einrichtungen, Vereine und Organisationen, die auch der Subventionsordnung unterliegen, einer unabhängigen Evaluierung zu unterziehen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, ich habe das nicht vorgesehen und werde das eigentlich auch nicht tun, ich begründe es relativ einfach. Sie wissen, dass alle Subventionen der Subventionsordnung unterliegen. Daher nur gut begründete Anträge der Antragsteller überhaupt die Voraussetzung sind, um eine solche Subvention zu erhalten. Es gibt unterschiedliche Aufgabenbereiche und gerade in meinem Bereich, ob das dann die Förderung für Denkmalbauten in Graz ist, etc, sind ja nicht laufende Dinge, die man evaluieren kann, ich nehme nur ein Beispiel, wenn

die Mariahilferkirche die Türme saniert, dann macht es keinen Sinn, solche Subventionen, und solche habe ich in erster Linie, wenige dauerhaft, dann einer externen Evaluierung zu unterziehen, die bekommen die Subvention nur, wenn sie entsprechend nachvollziehbare Berichte und Abrechnungen auch machen und dürfen auch nur dann das Geld behalten. Darüber hinaus sind alle Subventionen jenseits von 1500 Euro dem Stadtsenat oder dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen und damit ist das auch immer, sage ich einmal, für jede Fraktion, für jeden Gemeinderat möglich, sich anzuschauen, wofür die Gelder verwendet werden. Die Abteilungen unterliegen, auch einzigartig in Österreich, der Kontrolle eines Stadtrechnungshofes, das alles haben wir eingerichtet, um effizient und wirtschaftlich die uns anvertrauten Steuergelder zu verwenden. Alles Weitere würde eigentlich dieser Effizienz schon fast wieder widersprechen, weil ich Gelder bräuchte, um Evaluierungen durchzuführen. Das heißt, wir machen das, wenn ich so sagen darf, selbst, berichten auch jedes Mal drüber und ich möchte auch darauf hinweisen, dass gerade im Subventionsbereich die Einsparungspotentiale in letzter Zeit gelegen haben, also auch in meinem Ressort. Das heißt, die Subventionsbeträge sind Jahr für Jahr kleiner geworden und wir haben immer versucht, so gut wir konnten, auch unseren Eckwert dann auch zu erreichen, das ist sehr zu Lasten der Subventionen gegangen, also hier wurde schon stark eingespart gegenüber dem letzten Jahrzehnt (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.15 Uhr den Vorsitz.

5) Ediktverfahren

GR. **Eichberger** stellt an StRin. Mag.^a **Fluch** folgende Frage:

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Frau Stadträtin! In meiner Frage geht es jetzt darum, dass ich den Eindruck gewonnen habe, mag auch Zufall sein, mag auch nicht so stimmen, dass sich seit deiner Amtsübernahme

hinsichtlich der Bauverfahren etwas geändert hat. Nämlich insofern etwas geändert hat, dass die Ediktverfahren nunmehr forciert werden. Für all jene, die nicht so sehr bewandert sind mit Bauverhandlungen, sei nur eines gesagt, bei diesen Ediktverhandlungen geht es darum, dass Bauwerber hier die Möglichkeit haben, ihr Bauansuchen via Zeitungsinserat kundzutun, das heißt, es wird lediglich in den Medien geschaltet, dass da oder dort jenes Bauvorhaben stattfindet und die Anrainerschaft wird nicht mehr gezielt, gesondert, individuell zu Bauverhandlungen eingeladen, heißt im Klartext (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), die anrainende Bevölkerung ist fast gezwungen, täglich in den Zeitungen nachzuschauen, ob sich etwas in ihrem Umfeld tut. Und so haben wir in der letzten Zeit bei, vor allem, und das betrifft eben gerade und da liegt das Problem in dieser Sache, dass gerade bei größeren Bauvorhaben, bei komplizierteren, bei problematischen Bauvorhaben oder auch komplexen Bauvorhaben dieses Ediktverfahren zur Anwendung gelangt, heißt im Klartext, die Bevölkerung ist gefordert, in den Zeitungen nachzulesen, bis zu welchem Tag können möglicherweise Einsprüche getätigt werden und hat leider auch nicht die Möglichkeit, vor Ort in der Nachbarschaft sich über das Bauvorhaben zu informieren, in Pläne Einsicht zu nehmen beziehungsweise hier Einsprüche zu tätigen.

Dieses Verfahren wurde jetzt in letzter Zeit allein im Bezirk Jakomini bei zwei sehr großen bedeutenden Bauvorhaben zur Anwendung gebracht, das eine war bei dem Bauvorhaben in der Moserhofgasse, das Studentenheim, und das andere Bauvorhaben, das auch über dieses Verfahren abgewickelt wird, ist jenes gewesen, das das Augartenkino beziehungsweise diesen Neubau dort betrifft. Alle, glaube ich, in diesem Raum können sich auch vorstellen, und deshalb kommt auch sehr viel Kritik von der Anrainerschaft, führt natürlich dieses Verfahren dazu, dass es möglicherweise zu rascheren Entscheidungen kommt, weil es weniger Einsprüche gibt, aber letztendlich ist es natürlich unheimlich anrainerunfreundlich und aus diesem Grund fragt man sich natürlich schon, ist hier so ein Verfahren unter Umständen auch gewollt, dass es hier einfach weniger Beschwerden, weniger Einsprüche, weniger Information der Bevölkerung gibt?

In diesem Zusammenhang frage ich jetzt dich, sehr geehrte Frau Stadträtin, auch im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, weil ja de facto diese Bürgerbeteiligung, diese Bürgereinbindung bei Bauverfahren in dieser Form, wie gesagt, fast ausgeschlossen

ist, inwieweit du, und das ist eine reine Angelegenheit des Amtes, welche Verfahren hier durchgeführt werden, es ist also kein Muss, dass diese Ediktverfahren hier forciert werden und die anderen üblichen Einladungen hier hintangestellt werden, inwieweit du, sehr geehrte Frau Stadträtin, bereit bist, hier im Sinne einer besseren Bürgereinbindung, Bürgerbeteiligung hier dafür zu sorgen, dass diese Ediktverfahren wieder „aussterben“, unter Anführungszeichen, und die üblichen und bisher gültigen und gängigen und anrainerfreundlicheren Bauverfahren wieder forciert werden (*Applaus SPÖ*)?

StRin. Mag.^a **Fluch**: Sehr geehrter Klaus Eichberger! Du hast dich jetzt in dem Vortrag deiner Frage ein bisschen vom Text der Anfrage entfernt und ein bisschen sozusagen auch subjektive Wertungen einfließen lassen, die stark subjektiv sind. Zuerst einmal von den angeführten Bauvorhaben, die beiden waren auch gar nicht in meiner Zeit, als sie als Ediktverfahren durchgeführt worden sind, die waren noch vor meiner Zeit als Stadträtin. Aber vielleicht insgesamt zu der Frage. Man mag vielleicht, wenn man so schnell zuhört oder schnell deine Fragestellung sich anschaut, denken, wenn man moderne, rasche, aber auch bürgerfreundliche Verfahren haben will, dass man einfach ja sagen müsste, man sollte diese nur über Bauverhandlungen und nicht über Ediktverfahren abwickeln. In Wirklichkeit ist die Frage eine komplexere und kann das auch nicht die Antwort sein. Klar ist, dass Bauverfahren immer korrekt und mit einem hohen Servicecharakter für die Bürger und Bürgerinnen abzuhalten sind und das ist auch der Anspruch, um den ich mich selbst sehr bemühe und wo es noch Defizite gibt, die gibt es bei dem einen oder anderen Bauverfahren, dann spreche ich diese an, und das kann auch der Herr Magistratsdirektor, der für den inneren Dienst zuständig ist, bestätigen. Ich denke, da gibt es durchaus Dinge, die im Sinne der Bürger verbessert werden können. Ich bin noch eine, die zum Beispiel diese EU-Richtlinie zu Good Government sehr ernst nimmt, wo es darum geht, dass die Behörden sozusagen nicht von oben herab mit Bürgern umgehen, sondern dass man sich sehr bewusst bemüht, Parteistellung sehr ernst zu nehmen. Aber es gibt sozusagen Situationen, in denen andere Formen von Verfahren der bürgerfreundlichere Weg sind und wo es gute Gründe gibt, dass es ein Ediktverfahren gibt und keine normale Bauverhandlung. Das ist nicht oft der Fall,

und das zeigen sozusagen auch die Zahlen, wie in den letzten Jahren Ediktalverfahren zur Anwendung gekommen sind. Im Jahr 2008 waren das fünf Fälle, und es sind auch bestimmte Rahmenbedingungen, die dann zusätzlich zum Einsatz kommen müssen, damit man überhaupt ein Ediktalverfahren durchführen kann und sozusagen keine normale Bauverhandlung. Das ist doch etwas, du sagst es richtig, es ist eine Möglichkeit, die die Stadt Graz hat. Allerdings eine Möglichkeit, die der Bundesgesetzgeber eingeräumt hat und auch das aus guten Gründen. Es hat sich gezeigt, dass es gerade in städtischen Räumen eine zunehmende Anzahl von verwaltungsbehördlichen Genehmigungsverfahren gibt, mit vielen hunderten Beteiligten und gerade die mangelnde Rechtssicherheit war ein Grund, warum man diese Möglichkeit von Ediktalverfahren eingeführt hat, denn es gab immer wieder das Problem, dass bei solchen Verfahren, wo so viele hundert Personen auch betroffen waren und sozusagen eingeladen werden mussten, Parteien übergangen wurden, weil die Post nicht zugestellt hat oder weil sich irgend etwas auch am Wohnsitz geändert hatte, daher hat man auf Bundesebene überlegt, ob es andere Formen der Verständigung der betroffenen und auch mitspracheberechtigten Bürgerinnen und Bürgern geben kann. Großverfahren wurden sozusagen als zusätzliche spezielle, und wie man aus Sicht des Bundes meinte, effiziente Regelung für solche Verfahren eingeführt, wie gesagt, mit Rahmenbedingungen, du hast es schon angesprochen. Es müssen diese Verfahren angekündigt werden und zwar nicht irgendwo in einem Randbereich, sondern es heißt im Gesetzestext „in zwei im Bundesland weit verbreiteten Tageszeitungen“, im Amtsblatt der Wiener Zeitung, zusätzlich in Graz ist es auf der Amtstafel, ist auf der Amtstafel des zuständigen Bezirksamtes, in den Wohnhäusern der Umgebung und im Internet sowohl für die Stadt Graz als auch im Internetauftritt der Wiener Zeitung. Das heißt, das sind schon Rahmenbedingungen, die sicherstellen, dass die Menschen auch davon erfahren und, und das ist sozusagen ein weiterer Vorteil, der gerade bei Vorhaben, die oft auch von Bürgerinitiativen begleitet werden, durchaus geschätzt wird, denn gerade größere Bauvorhaben haben dann bereits auf der Seite der betroffenen Bürger auch eine Rechtsvertretung, die Frist für schriftliche Einwendungen ist länger, also bei einer normalen Bauverhandlung, bei der Bauverhandlung muss man entweder vor Ort seine Einwendungen anbringen oder hat zwei Wochen Frist, sie vorzubringen. Die Frist ist beim Ediktalverfahren auf sechs Wochen verlängert, was dazu führt, dass durchaus bei manchen Verfahren es sogar den Wunsch gibt der Bürger, dass man

eher das Ediktalverfahren anwendet. In einzelnen Fällen ist es außerdem möglich, das ist allerdings auch eine Möglichkeit und nicht Vorschrift, dass man zusätzlich zu einem Ediktalverfahren auch eine Info-Veranstaltung macht. Ich muss noch einmal sagen, Ediktalverfahren haben gerade dort, wo viele, viele Bürgerinteressen betroffen sind, auch eine Reihe von Vorteilen, weil mir auch niemand sagen kann, dass bei einer Bauverhandlung, die dann mündlich abgehalten wird und vor Ort abgehalten wird, manchmal durchaus kontroversiell abgehalten wird, wenn mehr als hundert einspruchsberechtigte und betroffene Bürgerinnen und Bürger vor Ort sind, dass sichergestellt ist, dass die Menschen auch wirklich zu Wort kommen und alles aufgenommen wird und korrekt abgewickelt wird, das ist ein weiterer Hintergrund, warum der Bundesgesetzgeber gesagt hat, bei Großverfahren auch das Ediktalverfahren. Das heißt, ich möchte deiner subjektiven Auffassung widersprechen, dass in meiner Amtszeit die Anzahl der Ediktalverfahren zugenommen hat. Es ist eine sehr, sehr überschaubare Größe, wobei es stimmt, in deinem Bezirk sind diese beiden gewesen, die aber gerade auch eine große Publizität gehabt haben und wo ich nicht glaube, dass zufälligerweise was geschehen ist, sondern die Menschen haben auch davon gewusst, dass diese Bauverfahren laufen. Wie gesagt, es stimmt sicher, dass es beim Ediktalverfahren, gerade für die Großverfahren, ein paar Vorteile gibt durch die längeren Fristen und dadurch, dass es auch eine Rechtssicherheit gibt. Was ich allerdings gerne zusage und bei dem treffen wir uns, ist, dass ich Parteiengehör ernst nehme und gerne darauf einwirke, dass die vorgesehenen Instrumente, zu denen allerdings eben auch das Ediktalverfahren zählt, sinnvoll eingesetzt werden (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eichberger:** Du weißt, ich widerspreche dir ungern, bin aber trotzdem überzeugt, dass das alte ursprüngliche Bauverfahren auf alle Fälle anrainerfreundlicher ist und ich habe hier auch einen unverfänglichen Zeugen, den Gemeinderatskollegen Bernhard Kraxner, der bei der letzten Versammlung dabei war, wie der GWS-Vertreter bei der Präsentation des Studentenheimes selber beklagt hat, dass es kein normales Bauverfahren gegeben hat, weil er hätte gerne der anrainenden Bevölkerung sein Projekt vorgezeigt und präsentiert. Also in diesem Sinne glaube ich, wäre es nicht nur jetzt sogar anrainerfreundlich, sondern auch

bauwerberfreundlich, hier das in diese Richtung zu forcieren. Danke dir aber, dass du sagst, du wirst nicht in diese Richtung hier agieren, um das fortzusetzen, diese Schiene, wäre dir aber schon dankbar, wenn du vielleicht amtsintern doch kundtun könntest nach Möglichkeit das alte Verfahren und würde dich wirklich auch bitten, deine Zusage, mögliche neue Informationsschienen diesbezüglich zu forcieren, ernst zu nehmen und ehestmöglichst umzusetzen. Jetzt habe ich leider die Frage vergessen, aber es war mir ein Anliegen....

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Das ist mir schon aufgefallen.

GR. **Eichberger**: Ich habe ja nur auf den Zwischenruf von euch gewartet und war ganz weg, dass der nicht gekommen ist. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Kollegin Fluch hat die Antwort, glaube ich, nicht vergessen.

StRin. Mag.^a **Fluch**: Von dieser nicht gestellten Zusatzfrage ein paar Dinge, auf die ich dann doch antworten möchte. Noch einmal, ich möchte einfach noch einmal darauf hinweisen, es gibt jetzt nicht ein altes gutes und ein neues schlechtes Verfahren, sondern es gibt sinnvolle Anwendungsgebiete und ich denke wirklich, dass es in Fällen, wo es um Großverfahren geht, auch Vorteile gibt für das Ediktalverfahren. Noch einmal, das meine ich ernst, ich bin eine, die durchaus drüber nachdenkt, wenn das Ediktalverfahren für mich mehr Vorteile bringt und das spreche ich mit der Bau- und Anlagenbehörde auch ab, denn diese Verfahren sind ja in der Vorbereitung durchaus aufwändig, dass es durchaus Gelegenheiten geben mag, wo man zusätzlich auch eine Informationsveranstaltung vor Ort macht. Das ist durchaus eine Vorgangsweise, zu der ich mich gerne bewegen lasse. Danke (*Applaus ÖVP*).

6) Unterführung Weixelbaumstraße – Stand der Planung

GR. Ing. **Lohr** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Das Thema Weixelbaumstraße hat ja meine Gemeinderatskollegin Frau Mag.a Bauer schon angesprochen, es ist ein wichtiges Thema, und ich möchte dann auch die Chance nutzen, eine Zusatzfrage zu stellen. Die Schließung des Bahnübergangs Weixelbaumstraße hat die Göstinger vor allem bei ihren alltäglichen Besorgungswegen stark beeinträchtigt.

Kinder müssen längere und gefährlichere Wege zur Schule in Kauf nehmen. Die Shuttlebus-Übergangslösung, die den Bahnübergang vorübergehend ersetzen sollte, ist tatsächlich nicht praktikabel und wird von den Betroffenen so gut wie nicht angenommen. Die Anrainer fühlen sich deshalb weiterhin von der Stadtregierung im Stich gelassen.

Zu den Verhandlungen des Schleppgleises, das haben Sie ja schon ausgeführt, die ziehen sich scheinbar hin, das dauert noch, deshalb, wenn es gestattet ist, komme ich gleich zur Zusatzfrage. Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Sind Sie bereit, Verbesserungen im Bereich dieser Shuttlebuslösung durchzuführen, beziehungsweise welche Alternativen bieten Sie den Göstingern bis zum Bau der Unterführung an?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Danke für die Zusatzfrage. Die Shuttlebusfrage hat sich so dargestellt, die Shuttlebusfrage wurde damals von uns aufgegriffen im Herbst, es wurde dann gebeten, aus dem Bezirk Grundlagen darüber zu bekommen, zu welchen Tageszeiten welcher Bedarf besteht. Wir haben dann als Antwort aus dem Bezirk bekommen 13 oder 14 Karten, die ausgefüllt waren, die erstens schon einmal eine problematische Fragestellung hat, nämlich Sie haben nur abgefragt Zeit zwischen 8.00 Uhr früh, was eigentlich schulmäßig nicht unbedingt eine relevante Zeit ist, 8.00 Uhr früh und irgendwann am Abend und waren dann in einer Form ausgefüllt, dass wir damit wirklich nichts anfangen konnten. Es waren nämlich alle Kartenausfüller waren gleichzeitig gehbehindert, Volksschulbesucher, also es war sehr offensichtlich, dass mit diesen Karten Unmut transportiert wurde und wir haben

dann gebeten, eine bessere Grundlage zu haben aus dem Bezirk, wir haben nie Daten erhalten über die tatsächliche Volksschüleranzahl, wir wissen inzwischen, dass wir da ungefähr bei fünf bis sechs Schülern sind, die vorher zu Fuß gegangen sind oder begleitet wurden, also wir haben aus dem Bezirk immer wieder gebeten, Grundlagen zu haben, um überhaupt diese Suttlebus-Frage weiter zu verfolgen, sie sind, außer diese Karten, die offensichtlich juxweise ausgefüllt wurden, ist nichts gekommen, sonst hätten wir daran weiter gearbeitet. Wie gesagt, das ist öfter rückgemeldet worden in die Bezirke, es hat sich daran nichts verändert.

Ing. **Lohr**: Danke für die Antwort und ich bitte nur, dass Sie sie weiterhin mit den Göstingern zusammensetzen, dass da wirklich was Gescheites auch gemacht wird. Danke.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Es gibt ja auch ein anhängiges Verfahren bei der Volksanwaltschaft und es gibt nächste Woche einen Termin beim ORF, wo auch der Bürgeranwalt da ist, also es geht auf allen Ebenen weiter.

7) Einrichtung eines Mädchenzentrums

GRin. **Jahn** stellt an StRin. **Edlinger** folgende Frage:

GRin. **Jahn**: Gerade im Bereich der Arbeit mit jungen Menschen gibt es ja seitens der Stadt Graz schon ein sehr reichhaltiges Angebot. Sind es jetzt Jugendzentren, sind es andere Maßnahmen im jugendpolitischen Bereich, sind es aber auch frauenspezifische Projekte aus dem Frauenreferat, teilweise auch Sozialamt, und auch im Integrationsreferat gibt es ja Gott sei Dank dementsprechende Bemühungen, gerade für junge MigrantInnen oder aber auch der Sportbereich. Also

über Förderung von Sportkursen, Bezirkssportplätze und andere Maßnahmen. Dennoch müssen wir aber auch anerkennen, und das ist ja etwas, das uns auch die ExpertInnen im Bereich ISOP, Mafalda, etc auch sagen, dass Burschen und Mädchen, Jugendliche sehr, sehr unterschiedliche Bedürfnisse, die auch mit ihrem Geschlecht zusammenhängen, haben, und dass das auch ein Bereich ist, auf den wir im Speziellen noch eingehen müssen. Wir wissen, es passiert hier, wie gesagt, schon sehr, sehr viel. Dennoch wird aber immer wieder eine Forderung seitens der ExpertInnen laut, die wir auch als Grüne unterstützen, dass die Einführung oder die Gründung eines Mädchenzentrums eine hilfreiche Maßnahme wäre. Insbesondere für junge Migrantinnen, weil sich ja auch in einer Studie, die zum Thema Jugendzentren in Graz, Jugendarbeit etc. gemacht wurde, auch herausgestellt hat, dass das eine Gruppe ist, die sehr schwer mit sozialen Maßnahmen im weitesten Sinn auch erreichbar ist. Weil viele junge Mädchen auf Grund religiöser, familiärer, traditioneller Gründe sozusagen wenig Möglichkeiten haben, in einem gemischt-geschlechtlichen Raum, wie es halt Jugendzentren im Generellen sind, auch teilzuhaben. Und Gleiches gilt natürlich auch speziell für den öffentlichen Raum, auch auf öffentlichen Sportplätzen ist das ein Phänomen, das wir leider beobachten müssen, dass der Zugang zu jungen Migrantinnen im Speziellen, generell auch zu jungen Mädchen, nicht ganz einfach ist. Deswegen, wie gesagt, auch die Forderung nach einem Mädchenzentrum, das wir auch sehr unterstützen würden. Uns wurde, ich habe nur, ich weiß nicht, ob diese Informationen stimmen, über drei Ecken eben gehört, dass es auch seitens deiner Zuständigkeitsmöglichkeiten im Frauenreferat, Sozialbereich, hier Überlegungen gibt, die wir natürlich ausdrücklich unterstützen. Deswegen auch meine Frage heute in der Fragestunde, welche Überlegungen beziehungsweise Planungen gibt es seitens deines Ressorts zu diesem Thema?

StR. **Edlinger:** Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Christina! Du hast ja sehr umfassend jetzt in deiner Frage geschildert und ausgeführt, warum ein Mädchenzentrum und die Ausweitung der Mädchenarbeit in Graz notwendig ist und Sinn macht. Die Frage der Mädchenförderung ist mir ein ganz großes Anliegen, weil es einfach darum geht, dass wir den heranwachsenden Mädchen bestmögliche Unterstützung und Förderung zukommen lassen, dass sie die bestmöglichen

Chancen haben und hier in diesem Sinne einen wesentlichen Baustein hätten, um Gleichstellung voranzutreiben. Deswegen war es eigentlich eines der ersten Projekte, denen ich mich gewidmet habe nach meinem Amtsantritt als Frauenstadträtin, habe Gespräche geführt mit Vertreterinnen von Mafalda diesbezüglich, die ja quasi als ExpertInnen in Graz und im Auftrag auch von Stadt und Land und anderen Subventionsgebenden hier schon langjährige Erfahrung haben für Mädchenarbeit, also die diese ExpertInnen sind. Habe auch mit Frauenlandesrätin Bettina Vollath Kontakt aufgenommen, weil ich von ihr auch gehört habe, dass sie das interessieren würde ein Mädchenzentrum, auch von Landesseite zu unterstützen und es ist mir dann gelungen, dass das Land bereit war, hier sich zu beteiligen in einer Aufteilung 50 : 50, mit dem Auftrag für eine Konzepterstellung. Wir haben an Mafalda eben den Auftrag für die Konzepterstellung vergeben und wir haben seitens des städtischen Frauenreferates bei der Budgetanmeldung grundsätzlich einen Budgetposten angemeldet gehabt für ein Mädchenzentrum in der Höhe von 60.000 Euro. Allerdings, du weißt, du warst ja involviert in die Budgetentwicklungen und in die diesbezüglichen Gespräche. Im Budget, das beschlossen wurde im Dezember, ist dieser Budgetposten nicht enthalten. Tatsache ist, dass Status quo ist, dass das Konzept noch in Arbeit ist, ich sage hier auch dazu, dass ich jetzt noch keinen Endpunkt für die Konzeptpräsentation sagen kann, weil einfach, wie du vielleicht weißt, eine Mitarbeiterin der Mafalda gesundheitlich stärkere Probleme hat und ich mich deswegen auch jetzt noch nicht festlegen möchte, wann wir konkret das Konzept präsentieren können beziehungsweise mit dem Konzept, das dann einmal auf dem Tisch liegt und das ja auch eine sehr umfassende Analyse beinhalten soll der bestehenden Angebote. Wir wollen ja nicht etwas, was es eh schon gibt, noch einmal schaffen, dass wir mit diesem Konzept dann in Gespräche einfach mit anderen Ressorts, mit Land etc. wieder konkret eintreten können, wie wir gemeinsam hier ein so ein Mädchenangebot schaffen können (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Jahn**: Zuerst einmal danke für die positive Antwort, freut mich, das zu hören. Die Frage ist auch, haltst du es für wahrscheinlich, dass auch, was die Finanzierung betrifft, weil das wird ein Thema auch sein, wir sehen, dass wir leider von der

Stadtseite her begrenzte Möglichkeiten haben, aber natürlich so ein Projekt gerne umsetzen würden, siehst du da eine Möglichkeit, wenn jetzt diese Projektgenehmigung auch schon unter Landesbeteiligung erfolgt ist, siehst du eine Möglichkeit, dass auch die Frau Landesrätin hier oder das Land generell hier das unterstützen könnte und so auch für uns eine höhere Realisierungsmöglichkeit gegeben ist?

StRin. **Edlinger**: Es gibt ja zwischen Land und Stadt eine Vereinbarung, was offene Jugendarbeit, Jugendzentren anlangt, in welchem Ausmaß, in welchem Rahmen sich das Land hier beteiligt. Hier geht es zum Beispiel um die Förderung der Personalkosten bis zu 50 % mit einem Maximaldeckelbetrag, also da gibt es ja Vereinbarungen für die bestehenden Jugendzentren schon und das, was ich mit Bettina Vollath gesprochen habe, ist, dass natürlich diese Möglichkeiten uns dann auch zur Verfügung stünden bei einem Mädchenzentrum. Darüber hinaus, wir haben ja auch noch nicht am Tisch ganz genau, weil das Konzept ja noch nicht fertig ist, wie viel Geld brauchen wir oder gäbe es quasi verschiedene Ausbaustufen, dass man sagt, man startet einmal mit einem kleineren Projekt und weiß, man kann, wenn man die Mittel zur Verfügung hat, dann ein Modul noch dranhängen oder wie auch immer, das müsse wir einfach abwarten, aber es gibt hier großes Interesse und eine erste Zusage eben im Rahmen dessen, was jetzt schon an Fördermöglichkeiten für Jugendarbeit auch gegeben ist seitens des Landes (*Applaus SPÖ*).

8) Waltendorfer Hauptstraße/Mölkweg – Linksabbiegeverbot

GR. Mag. **Korschelt** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin! Im Zuge der Gehsteigbauarbeiten wurde in der Waltendorfer Hauptstraße ein Linksabbiegeverbot in den Mölkweg verhängt.

Diese Maßnahme war eine notwendige Folge der bereits erwähnten Bauarbeiten, weshalb die maßgebliche Verkehrsbehinderung, welche in Form von vermehrten Stauungen zu Tage trat, auch zu akzeptieren war. Nunmehr sind aber gegenständliche Baumaßnahmen bereits seit geraumer Zeit abgeschlossen, wohingegen das Linksabbiegeverbot in den Mölkweg nach wie vor aufrecht ist.

Da nach meiner Ansicht die verkehrstechnische Begründung für diese Maßnahme bereits weggefallen ist, wird auch die Aufrechterhaltung des Abbiegeverbotes hinfällig.

Ich stelle daher an Sie, sehr verehrte Frau Vizebürgermeisterin, folgende

F r a g e :

Wann werden Sie die notwendigen Schritte zur Aufhebung des Linksabbiegeverbotes von der Waltendorfer Hauptstraße in den Mölkweg zur Umsetzung bringen?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Danke für die Anfrage. Der Linksabbieger in der Waltendorfer Hauptstraße Richtung Mölkweg ist einer der emotionalst besetzten Linksabbieger in der ganzen Stadt. Der beschäftigt uns, oder zwei, es gibt zwei, die Keplerstraße gibt es auch noch, die viele Menschen bewegt aus unterschiedlichsten Motiven. Es ist wahr, dass damals, als die Baustelle errichtet wurde, der Linksabbieger eingerichtet wurde aber nicht nur aus verkehrstechnischer Sicht, wie Sie das beschreiben, baustellenorientiert, sondern eben auch als ein Versuch, bestimmte Durchzugsverkehre zu verringern, weil generell wissen wir alle, dass gerade am Ruckerlberg zunehmend das Problem des Durchschleichverkehrs zu einer Belastung wird. Das heißt, es gibt ganz viel Meinung für dieses Linksabbiegeverbot und ganz viel Meinung dagegen, von unterschiedlichen Motiven getragen natürlich. Die Situation ist so, dass zum Beispiel die Bürgerinitiative Ruckerlberg auch sagt, dass deutlich wahrzunehmen ist, durch das Aufrechterhalten des Linksabbiegeverbotes hat sich der Durchschleichverkehr aus dieser Richtung kommend verringert und damit zu einer Entlastung beigetragen. Nun sind die Straßen und Gassen am

Ruckerlberg, wie viele von uns hier wissen, nicht geeignet, Durchschleichverkehr in zunehmender Form, was leider die Tatsache ist, aufzunehmen, weil sie dafür nicht gebaut sind, auch wenn ein Gehsteig dort jetzt errichtet worden ist, ist das in den weiteren Gassen, die da verknüpft sind, ja nicht gegeben. Was wir tun und was wir kräftig und leidenschaftlich diskutieren in diversen Besprechungen ist, darüber nachzudenken (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), wie wir für den gesamten Ruckerlberg zu Lösungen kommen, dass es einerseits möglich ist, dort oben einigermaßen sicher die Straße zu benutzen, auch wenn es eben teilweise keine Gehsteige gibt, das heißt, dass der Durchschleichverkehr nicht steigt beziehungsweise in manchen Gassen auch absteigt und trotzdem nicht zu erhöhten Verkehrsbehinderungen auf der Waltendorfer Hauptstraße zu kommen, das ist eine sehr komplexe Sache, wir sind in Diskussion, wir sind weiter im Gespräch, aber ich kann das jetzt noch nicht aufheben, solange auch ein nicht unwesentlicher Anteil der Betroffenen sagt, es hat sich für sie die Situation verbessert dadurch, dass eben weniger Schleichverkehr von unten kommend stattfindet. Leute, die von oben kommen und rechts abbiegen, fahren ja weiterhin durch. Das bleibt ein Problem, aber wir hoffen, dass wir es lösen können, nur mit einer Tafel dorthin stellen oder abbauen alleine ist das leider nicht gelöst, das Ruckerlbergthema ist ein umfassenderes.

Mag. **Korschelt**: Noch eine Zusatzfrage, Frau Vizebürgermeister, wie können Sie es subsumieren unter der Bürgerfreundlichkeit, dass Bürger, die dort oben betroffen sind, am 12. 11. 2008 an das Straßen- und Brückenbauamt ein Schreiben richten, eben diese Problematik betreffend und bis heute noch keine Antwort bekommen haben?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Das kann ich jetzt hier nicht beantworten, weil ich nicht über alle Schreiben und über die Antworten am Laufenden bin, die bei uns ein- und ausgehen, das sind hunderte. Kann ich aber nachgehen der Frage und Ihnen eine Antwort zukommen lassen.